

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

6.3.1928 (No. 56)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. u. v.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.- RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasseneckzahl mit und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigeneinstellung, zwangsweiser Beibehaltung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unersandte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Genfer Ratstagung

Die heutige öffentliche Sitzung
M. Berlin, 6. März. (Priv.-Tel.) Um 10.32 Uhr begann heute — wie aus Genf gemeldet wird — die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrats, deren erste Punkte aber völlig bedeutungslos sind und rasch erledigt werden konnten. Eine längere Aussprache wird nur bei Punkt 6 erwartet, dem englischen Antrag, die Zahl der Ratstagungen im Jahr von 4 auf 3 herabzusetzen. Die Begründung hat Chamberlain selbst übernommen, der zur Stunde spricht. Am Nachmittag soll eine nichtöffentliche Sitzung stattfinden, in der der Vorkhof der Franzosen und der kleinen Entente gegen Ungarn erledigt werden soll. Man rechnet aber zur Stunde nicht damit, daß ein tatsächliches Ergebnis erzielt wird, weil vorläufig noch alles ungeklärt ist und die Gegenseite keine Verminderung erfahren haben. Es wird sehr lebhaft an einem Kompromiß gearbeitet, dem Briand einen starken Widerstand entgegensetzt. In Völkerbundskreisen gilt es für ausgeschlossen, daß etwa eine Zwangsmission gegen Ungarn beschlossen werden könnte. Wahrscheinlich wird man sich darin einigen, eine Kontrollkommission nach Ungarn zu senden, die natürlich nach Vernichtung der Waffen nichts mehr feststellen kann.

Über die gestrige Unterredung zwischen Briand und Stresemann berichten französische Blätter, daß über die Rheinlandfrage nicht gesprochen worden sei, Stresemann habe lediglich angekündigt, daß er in der Zutagung die deutschen Forderungen zur Geltung bringen werde.

Beschlüsse des Sicherheitsausschusses

Der Sicherheitsausschuß hat Montag nachmittag fast ohne Aussprache die Entschließungsanträge des Redaktionskomitees über Schieds- und Vergleichsverträge bzw. über regionale Sicherheitspakte und die Möglichkeit eventueller Vermittlungsdienste des Rates beim Abschluß solcher Verträge angenommen. Die Entschließungen gehen nunmehr zur Stellungnahme an die nächste Völkerbundsversammlung, die sie zu prüfen und endgültig über sie zu bestimmen haben wird.

In der ersten Entschließung über Schieds- und Vergleichsverträge wird erklärt, daß die Entwicklung der Verfahren zur friedlichen Regelung aller Streitfälle ein wesentliches Element zur Kriegsverhütung darstelle, und der Wunsch ausgesprochen, daß die auf diesem Gebiete bereits erzielten Fortschritte möglichst weit ausgedehnt werden.

Die zweite Entschließung über die regionalen Sicherheitsverträge bezieht sich auf den Abschluß von Sicherheitsverträgen über Vergleichsverfahren, Schiedsgerichtsbarkeit und gegenseitige Garantie gegen einen Angriff, der von einem der Teilnehmer gegen einen Mitkontrahenten unternommen würde, als eines der praktischsten Mittel, die gegenwärtig den Staaten, die wirksamere Sicherheitsgarantien suchen, empfohlen werden können. Außerdem wird erklärt, daß die guten Dienste des Rates, wenn sie von allen interessierten Parteien frei angenommen werden, den Abschluß solcher Sicherheitsverträge erleichtern würden.

In der dritten Entschließung wird der Wunsch ausgesprochen, daß alle Staaten, die der Fakultativklausel des Haager Statuts noch nicht beigetreten sind, prüfen sollen, in welchem Maße die Sorge um ihre Interessen ihnen den Beitritt zur Fakultativklausel unter Anmeldeung besonderer Vorbehalte und Einschränkungen erlauben würde. Die eingehenden Antworten sollen der nächsten Völkerbundsversammlung vorgelegt werden. Lord Cushendun als einziger Redner erklärte, daß er der Resolution zustimme, daß aber England mit Rücksicht auf seine weitverbreiteten Interessen und die Regierungen der Dominionen unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Fakultativklausel nicht beitreten könne.

Die vierte Entschließung verlangt die größten Garantien für die Unabhängigkeit des Verkehrs des Völkerbundes in Krisenzeiten und die baldige Errichtung einer starken Funktion, durch die der Völkerbund mit möglichst vielen Staaten in Krisenzeiten in Verbindung bleiben kann.

Die fünfte und letzte Entschließung betrifft die Weiterbehandlung der deutschen Anregungen auf Erweiterung der Ratsbefugnisse für die Kriegsverhütung und Überweisungen an die Regierungen zur Prüfung auf der nächsten Tagung.

Die litauische Frage

Der Völkerbundsrat hat am Montag nach der öffentlichen Sitzung sich in einer kurzen Geheim Sitzung mit dem Stande der polnisch-litauischen Frage befaßt. Chamberlain erinnerte dabei an die Entscheidung des Rates vom letzten Dezember, mit der der Berichterstatter, der holländische Minister des Äußeren, De laet van Bladland, den Auftrag erhalten hatte, mit den beiden Parteien in Fühlung zu bleiben. Chamberlain schlug vor, daß in einer der nächsten Sitzungen des Rates der Berichterstatter eine Darstellung der ihm etwa von den Parteien zugegangenen oder zugehenden Informationen gebe. Nachdem sich der Rat eingehend mit dem englischen Vorschlag beschäftigt hatte, wurde der Generalsekretär beauftragt, sofort telegraphisch die litauische Regierung von dieser Entscheidung zu verständigen; für den Fall, daß sie sich bei der Erstattung dieses Berichtes im Rate vertreten lassen wolle, Wolodemas soll nach Genf eingeladen worden sein.

Das Budget für das englische Kriegsministerium 1928 sieht Ausgaben in Höhe von 41.050.000 Pfund vor. Die englische Armee zählte im Jahre 1927: 166.500 Mann.

Letzte Nachrichten

Zur politisch-parlamentarischen Lage

M. Berlin, 6. März. (Priv.-Tel.) In der Innenpolitik laufen die Dinge augenblicklich sehr ruhig, da man sich bisher mit den Streitfragen im Reichstag selbst überhaupt nicht befaßt hat. Die schwierigsten Dinge, so die Pöbhusangelegenheit, hat man zurückgestellt, über die Befetzung der Beamtenstellen ist zwischen Zentrum und Deutschnationalen nun im wesentlichen ein Einvernehmen hergestellt. Dagegen verläutet, daß innerhalb der Ministerien immer noch starke Meinungsverschiedenheiten bestehen, so über das Liquidationsbürogesetz wie über die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft, namentlich zwischen Wirtschaftsministerium, Ernährungsministerium und Finanzministerium. Die Meinungsverschiedenheiten sollen so stark sein, daß man vielfach mit einer längeren Tagung rechnet, weil das Kabinett nicht mehr in der Lage sei, schon innerhalb der nächsten Tage Klänge vorzulegen. Bemühungen, den Reichstag noch über Ostern zusammenzuhalten, haben jedoch kaum Aussichten. Ein Nichteinbringen des Notprogramms würde die Sprengung genau so bedeuten, wie die Ablehnung einzelner Vorlagen nach der Regierungserklärung die Auflösung zur Folge hätte.

Die Tagung der Abrüstungskommission

M. Berlin, 6. März. (Priv.-Tel.) In Genfer Kreisen rechnet man damit, daß die für den 15. März angetetzte Sitzung der Abrüstungskommission verschoben werden muß, da bisher nur ein einziger Vorschlag vorliegt, nämlich der russische, der von den meisten Mächten als nicht ernst bezeichnet wird. Inzwischen haben Verhandlungen hinter den Kulissen stattgefunden, um eine einheitliche Stellungnahme zu dem amerikanischen Vorschlag eines Antikriegspakts zu erzielen. Wie in Genf behauptet wird, stehen Deutschland und Japan dieser Anregung des Kelloggss nicht ungünstig gegenüber, während Italien und England noch eine gewisse Zurückhaltung bewahren.

Keine Zusammenkunft Litwinow-Chamberlain

M. London, 6. März. (Tel.) Reuters berichtet aus Genf, nach Mitteilung von russischer Seite werde Litwinow nicht vor dem 14. März dort eintreffen und somit werde er auch nicht mit Chamberlain zusammenkommen, da dieser bereits am 10. März Genf verlassen werde.

Aussperrung in der Berliner Metallindustrie

M. Berlin, 6. März. (Tel.) Bei den Bergmann Elektrizitätswerken in Berlin-Köpenick wurden heute morgen gegen 7 Uhr circa 2500 Arbeiter ausgesperrt. Anführer die gleiche Anzahl wird noch weiterbeschäftigt. — Auch das Werk der Bergmann-Elektrizitätswerke in der Hennigsdorferstraße werde stillgelegt, so daß bei Bergmann jetzt 5000 Mann feiern.

Englische Strafaktion in Südarabien

M. London, 6. März. (Tel.) „Times“ meldet aus Aden vom 5. März: Im September v. J. war der Imam Dchia des Yemen gewarnt worden, daß gewisse seiner Städte mit Bomben belegt werden würden, wenn er keine Angriffe auf das Gebiet des Aden-Protektorats nicht einstelle. Trotzdem wurden kürzlich zwei Schiffe aus dem Adengebiet von Raibidolaten entführt. Es wurde hierauf die Mitteilung verfaßt, daß Kataba nach Ablauf einer Frist von 48 Stunden, die für die Entfernung der Frauen und Kinder gewährt wurde, bombardiert werden würde. Darauf wurde der Bombenangriff durchgeführt und dann zeitweilig eingestellt, um den Raibidolaten Gelegenheit zu geben, die beiden Schiffe zurückzuführen.

Die Lage an der Iraqgrenze

M. London, 6. März. (Tel.) Die Meldung, daß König Ibn Saud den Wahabitenkämpfern an der Iraqgrenze materielle und moralische Hilfe versprochen habe, wird in der Presse viel beachtet. „Daily Mail“ erblickt in Ibn Sauds Erklärung die Verkündigung des Dritten Krieges gegen den Irak. Dem irakische zufolge kann der König eine Armee von 300.000 Mann aufstellen. Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Basra berichtet, Ibn Saud habe keine Haltung annehmend geändert wegen der Angriffe britischer Flugzeuggeschwader auf die Grenzgebiete. Diese Angriffe hätten große Verluste an Menschenleben und Eigentum verursacht, und Ibn Saud sei zweifellos der Meinung, daß die Stämme, wenn er sich gleichgültig verhielte, ihm den Gehorsam aufgeben würden.

In der gestrigen Unterhausdebatte erklärte der Kolonialminister auf eine diesbezügliche Anfrage, die Luftstreitkräfte hätten die Aufgabe, Grenzübertritte zurückzuweisen, und er sei gewiß, daß die Angreifer schließlich lernen würden, daß sie nicht in fremdes Gebiet einfallen und Männer, Frauen und Kinder niedermetzeln dürften.

Das freiwillige Tuberkuloseverfahren bei Kindern in Baden

Die Tuberkulose des Rindviehs ist bekanntlich, soweit es sich um die offene Form dieser Krankheit handelt, Gegenstand der veterinärpolizeilichen Bekämpfung nach Maßgabe des Reichsviehseuchengesetzes. Die offene Tuberkulose, d. h. die äußerlich erkennbare Tuberkulose des Rindviehs, sofern sie sich in der Lunge im vorgeschrittenen Zustand befindet oder Euter, Gebärmutter oder Darm ergriffen hat, unterliegt deshalb der Anzeigepflicht. Der Bekämpfung der Seuche dient die Anordnung gewisser Verkehrs- und Abzugsbeschränkungen und schließlich der Tötung der mit der Krankheit befallenen Tiere.

Die polizeiliche Bekämpfung kann durch das freiwillige Tuberkuloseverfahren wirksam unterstützt werden. Dieses Verfahren, dessen Durchführung während der Kriegs- und Nachkriegszeit unterbrochen worden war, wird vom 1. April 1928 ab wieder aufgenommen werden. Die dafür maßgebenden Grundsätze sind bereits mit Bekanntmachung vom 11. Januar 1928 (Ges.- u. Verordnungsblatt 1928 Nr. 7) zur öffentlichen Kenntnis gebracht worden.

Das Verfahren beruht auf der freiwilligen Beteiligung der Rindviehbesitzer und bezweckt die möglichst frühzeitige Ermittlung und Ausmerzung derjenigen Rinder, die Tuberkulosebazillen ausscheiden, die Verhütung der Einschleppung der Tuberkulose in die dem Verfahren angeschlossenen Viehbestände, sowie die Verhütung der Ansteckung des Jungviehs in diesen Beständen. Der gedachte Zweck wird erreicht durch die tierärztliche Untersuchung der neu einzuführenden Tiere und deren Zurückweisung, soweit sie Erscheinungen zeigen, die den Ausbruch der Tuberkulose im Sinne des Viehseuchengesetzes befürchten lassen, ferner durch regelmäßige, alljährlich zweimal, und zwar in der Regel halbjährlich, erfolgende klinische tierärztliche Untersuchung der angeschlossenen Bestände und endlich durch abgeordnete Haltung der Nachzucht und ihre Ernährung mit tuberkulobazillenfreier Milch.

Der feinen Viehbestand dem Verfahren unterstellen will, hat schriftlich oder mündlich zu Protokoll bei der Ortspolizeibehörde (Bürgermeisteramt oder Bezirksamt) seinen Beitritt zu erklären und den als Vertrauensarzt bestellten Tierarzt zu bezeichnen. Mit der Beitrittserklärung hat der Viehbesitzer eine Bescheinigung des von ihm als Vertrauensarzt bestellten Tierarztes darüber vorzulegen, daß sämtliche dem anzuschließenden Bestand angehörende Tiere von ihm untersucht und frei von klinischen Erscheinungen des Tuberkuloseverdachts befunden worden sind. Die von dem Viehbesitzer eines dem Verfahren angeschlossenen Viehbestandes zu übernehmenden Verpflichtungen bestehen im übrigen lediglich darin, die Tiere jährlich zweimal einer klinischen Untersuchung durch den Vertrauensarzt unterziehen zu lassen und die in der Zwischenzeit neu eingeführten Tiere alsbald, spätestens binnen einer Woche, dem Vertrauensarzt mit dem Ersuchen um Vornahme einer klinischen Untersuchung anzugeben. Auch hat der Viehbesitzer die ihm nach den Grundbestimmungen obliegenden Maßnahmen zur Verhütung der Ansteckung der Nachzucht nach Weisung des Vertrauensarztes zu beachten. Die Stallung ist jährlich mindestens einmal gründlich zu reinigen und zu desinfizieren.

Die Wahl des Vertrauensarztes ist dem freien Ermessen des Viehbesitzers überlassen. Als Vertrauensarzt kann außer dem Bezirkstierarzt jeder im Deutschen Reich approbierte und im Deutschen Reichgebiet ansässige Tierarzt, der in Baden die Tierheilkunde ausübt, zugelassen werden. Die Zulassung erfolgt durch das für den Wohnort des Vertrauensarztes zuständige Bezirksamt nach Einholung der Genehmigung des Ministers des Innern. Zur Erleichterung der Einführung des Verfahrens sind die Bezirksämter allgemein ermächtigt worden, den Bezirkstierarzt und die in ihren Dienstbezirken die Tierheilkunde ausübenden, im Deutschen Reichgebiet ansässigen Freiberufstierärzte zur Bestellung als Vertrauensärzte zuzulassen, soweit sie dies bis zum 1. April 1928 ordnungsmäßig beantragen.

Die von den Besitzern der angeschlossenen Viehbestände zu tragenden Kosten sind genau bestimmt und sehr mäßig. Dem Viehbesitzer fallen lediglich die Kosten der Untersuchung der Tiere durch den Vertrauensarzt und die erwachsenden Postgebühren zur Last, während die Kosten der vorzunehmenden bakteriologischen Untersuchungen und die Beschaffung der zur Einföndung des Untersuchungsmaterials erforderlichen Gefäße auf die Staatskasse übernommen werden. Als Entlohnung für seine Tätigkeit bei Durchführung des Verfahrens hat der Vertrauensarzt eine Untersuchungsgebühr von 0,50 RM für jede der vorgeschriebenen klinischen Untersuchungen der dem Verfahren angeschlossenen Tiere anzusprechen. Mit dieser Gebühr ist auch die sonstige Mühewaltung des Vertrauensarztes bei der Durchführung des Verfahrens abgegolten. Die Untersuchungen müssen durch den Vertrauensarzt, soweit irgend möglich, gelegentlich vorgenommen werden, so daß in der Regel kein besonderer Aufwand an Reisekostenersatz erwächst. Läßt sich eine gelegentliche Untersuchung nicht ermöglichen, so ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Untersuchungen einer größeren Zahl von Tieren oder Beständen auf eine Reise zusammengelegt und die Reisekosten nach der Zahl der untersuchten Tiere auf die beteiligten Viehbesitzer umgelegt werden. Soweit hiernach Reisekostenersatz überhaupt in Betracht kommt, ist er auf den üblichen Satz von 0,50 RM für jeden angefahrenen Kilometer der Hin- und Rückreise festgesetzt.

Wenn bei Durchführung des Verfahrens in einem angeschlossenen Viehbestand Tiere ermittelt werden, die Merkmale

Mit der Beilage: 17. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

des Verdachts oder des Vorhandenseins hoher Wahrscheinlichkeit der Tuberkulose zeigen, so hat im weiteren die veterinärpolizeiliche Bekämpfung der Krankheit nach Maßgabe der Bestimmungen des Viehseuchengesetzes Platz zu greifen. Im Vollzug dieser Bestimmungen wird alsdann Anordnung zur Tötung der erkrankten Tiere getroffen und damit die Gewährleistung der im Gesetze vorgesehenen Entschädigung aus der Staatskasse ermöglicht. Bei Tieren, die dem freiwilligen Tuberkulosestillungsverfahren nicht angeschlossen sind, kommen dagegen lediglich die zur Verhütung der Weiterverbreitung der Krankheit vorgesehenen sonstigen polizeilichen Maßnahmen (Absonderung und andere Verkehrs- und Nutzungsbeschränkungen) in Anwendung, die solange aufrecht erhalten bleiben, bis die Ausmerzung der kranken Tiere durch freiwillige Schlachtung, Notchlachtung oder natürlichen Tod erfolgt ist. Es ist also besonders zu beachten, daß nach dem Inkrafttreten der Grundbestimmungen, d. h. vom 1. April 1928 an, die polizeiliche Anordnung der Tötung tuberkulöser Tiere und damit die Gewährung von Entschädigung aus der Staatskasse in der Regel nur dann noch in Betracht kommen kann, wenn das tuberkulöse Tier einem Verfahren angehört, bei dem freiwilligen Tuberkulosestillungsverfahren angeschlossen ist. Hieraus ergibt sich für die Viehhalter die dringende Mahnung, ihre Viehbestände spätestens am 1. April dem freiwilligen Tuberkulosestillungsverfahren anschließen zu lassen und sich damit den Anspruch auf Entschädigung bei etwa vorkommenden Tuberkulosefällen im Viehbestand zu sichern. Es empfiehlt sich auch im Interesse der wirksamen Durchführung der zur Bekämpfung der Tuberkulose vorgesehenen Maßnahmen, daß die Rindervereinigungen, Molkereigenossenschaften, Viehversicherungsanstalten und sonstigen landwirtschaftlichen Vereinigungen sich dem Verfahren korporativ anschließen. Ein solcher Anschluß ist wegen der Verringerung der Kosten für die Mitglieder dieser Vereinigungen besonders vorteilhaft.

Auskunft über das Verfahren wird durch die Bezirksämter, die Bezirksärzte, die Landesökonomie- und Tierärzte sowie die Vorstände der genannten landwirtschaftlichen Vereinigungen erteilt. Abdruck der Grundbestimmungen für das freiwillige Tuberkulosestillungsverfahren können u. a. vom Verlag des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes (Druckerei von Malsch & Vogel in Karlsruhe) käuflich bezogen werden.

Personalfragen vor dem Reichskabinett

Wie aus Berlin gemeldet wird, beschäftigte sich das Reichskabinett am Montag mit dem Personalrat. Nach der „Köf. Ztg.“ soll zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum über den Personalrat eine Verständigung erzielt worden sein, die in der Hauptsache darin besteht, daß in einzelnen Reichsministerien eine bestimmte Zahl von Beamten höher eingestuft wird. Wie dem „Berl. T.“ von Zentrumsseite mitgeteilt wird, werden auf keinen Fall neue Entlassungen großen Umfangs vorgenommen werden. Es sollen nur die Folgerungen aus den Fußnoten des Beamtenbesoldungsgesetzes gezogen werden, womit die Zusicherungen gemeint seien, welche insbesondere den unteren Beamten bei der Verabschiedung des Gesetzes gegeben wurden.

Die Tiroler Sozialdemokraten gegen Mussolini

Die Sozialdemokratische Partei Tirols veranstaltete Montagabend in Innsbruck eine massenhafte Versammlung unter der Devise „Die Sozialdemokraten und die Deutschen Südtirols“. Nationalrat Abram führte aus: Wir haben die Pflicht, für die Deutschen Südtirols einzutreten. Das ganze deutsche Volk des In- und Auslandes ist in dieser Sache gekommen mit uns einig. Der Redner verlas sodann ein von der Versammlung mit stürmischen Beifall aufgenommenes Telegramm des Reichspräsidenten Lübe, das folgenden Wortlaut hat: „Unwandelbare Treue und Solidarität wahrten den unterdrückten Deutschen Südtirols das ganze deutsche Volk!“ Hiermit, sagte der Redner, wird Mussolini in aller Deutlichkeit gesagt, daß das ganze deutsche Volk hinter uns steht. Sodann beschäftigte sich Nationalrat Abram eingehend mit den Ausführungen Mussolinis und schloß mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß ein friedliches demokratisches Italien sich mit den Deutschen über die Zukunft der ein Viertel Million Deutschen Südtirols einigen werde. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Hierauf schloß der Vorsitzende, Stadtrat Berger, die Versammlung nach Dankesworten mit dem Rufe nach Gerechtigkeit. Die Versammlung ist ohne jeden Zwischenfall verlaufen.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika

Der amerikanische Senat hat eine Entschließung des demokratischen Senators Wagner angenommen, nach der der Arbeitsamtssekretär Davis mit der Untersuchung und Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit im ganzen Lande beauftragt werden soll.

Der Senator Wagner fordert die Darlegungen über die Arbeitslosigkeit an, die Coolidge in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß gemacht hat. Wagner behauptete, daß eine große Zahl von Arbeitern unbeschäftigt seien. Die Demokraten Walsh und Copeland pflichteten ihm bei, während der Republikaner Smoot eine übermäßige Arbeitslosigkeit in Arbeit stellte und erklärte, die jetzigen Erörterungen über die Arbeitslosigkeit beruhten zum großen Teil auf parteipolitischen Beweggründen. Smoot behauptete, die Baumwollindustrie liege darnieder, weil die Frauen des Landes Seide statt Baumwolle trügen. Baumwollstrümpfe würden nicht mehr hergestellt und getragen. Die Frauen gebrauchten Seide auch für die Kleider und benötigten nur etwa 3 Meter für ein Kleid.

Vom Reichsentschädigungsamt. Wie dem „V. T.“ der Präsident des Reichsentschädigungsamtes auf Anfrage mitteilt, trifft eine Nachricht, daß das Reichsentschädigungsamt vorläufig für das Publikum geschlossen bleibe, nicht zu. Es ist lediglich beschlossen worden, daß Anträge, die an das Reichsentschädigungsamt gerichtet werden, schriftlich eingereicht werden sollen. Es ist damit beabsichtigt, den Beamten genügend Zeit für die Bearbeitung der Gesuche zu geben, um den Publikumsverkehr im Reichsentschädigungsamt nach Möglichkeit einzuschränken. Außerdem muß sich jetzt jeder Besucher des Reichsentschädigungsamtes beim Betreten des Gebäudes ausreichend legitimieren.

Rein Verkauf von Eis. Die Nachricht von einem Verkauf des Gutes Eis durch den früheren Kronprinzen wird von dessen Vermögensverwaltung demontiert. Es sei jetzt lediglich ein Gut von 1300 Morgen auf Anfordern des Landpächterverbandes an eine Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft verkauft worden, und wegen des Verkaufs eines zweiten Gutes in Größe von 1600 Morgen an den bisherigen Pächter, um diesem zu helfen, sind Verhandlungen im Gange. Der Gesamtbezug soll erhalten werden. In den letzten Jahren sind etwa 4000 Morgen an kleine Siedler und Bauern verkauft worden. Ein Staatskredit sei weder beantragt, noch steht er in Aussicht.

Die polnischen Wahlen

Erfolg Pilsudskis

Wenn auch die Ergebnisse der Sejmwahlen erst teilweise vorliegen, so kann doch schon heute von einem großen Erfolg des Marschalls Pilsudski gesprochen werden, da die Regierungsliste und der regierungsfreundliche Bauernbund (Domski-Partei) zusammen vielleicht annähernd die Zahl von 120-160 Mandaten erringen und die größte Parteigruppe werden. Das erstrebte Ziel der Regierung, eine sichere Mehrheit zu erhalten, ist allerdings nicht erreicht worden, da die Gesamtzahl der Sejmabgeordneten bekanntlich 444 beträgt. Die Pilsudski-Partei wird immerhin mehr als ein Drittel des Sejm darstellen. Die schärfsten Gegner Pilsudskis, die ausgesprochen deutschfeindlichen und chauvinistischen Nationaldemokraten, dürften von 101 Mitgliedern im Sejm auf 60 zurückgehen. Der gleichfalls pilsudski-gegnerische Block der Christlichen Demokraten und der Großbauern unter der Führung des von Pilsudski im Mai 1926 gestürzten Witos kommt vielleicht auf dreißig Mandate. Also werden auf der Rechten und in der Mitte insgesamt etwa 90 Mann gegen die starke Anhängerzahl Pilsudskis stehen. Dagegen erhält Pilsudski noch Unterstützung von einer Anzahl orthodoxer und zionistischer Juden und auch aus der Partei der radikalen Bauern (Wyzwolenie); er kann also ohne weiteres auf eine Mehrheit zählen. Die Sozialisten haben in Warschau stark verloren, dagegen dürfte der allgemeine Erfolg der sein, daß sie statt der bisherigen 41 Sitze etwa 50 im Sejm erhalten. Aus allem ergibt sich, daß Pilsudski wohl mit der Linken regieren und sich auf einen Teil der Rechten, nämlich die Juden stützen wird, was ein absolutes Novum in der Geschichte des neuen Polens ist.

Schwere Verluste des Minderheitenblocks, dabei Gewinne der Deutschen

Wenn auch die Wahlergebnisse noch nicht aus allen polnischen Wahlkreisen des Landes vorliegen, kann es doch schon als sicher gelten, daß der Minderheitenblock sehr schlecht abgeschnitten hat. Obwohl fast vier Millionen Ukrainer Ostgaliziens, die sich im Jahre 1922 aus prinzipiellen Gründen der Wahl enthalten haben, diesmal mitgewählt haben, dürfte der Minderheitenblock nunmehr nur die Hälfte jener Mandate erringen, die er vor fünf Jahren erreichen konnte. Es ist dies um so feltamer, als die Deutschen im Westen des Landes, wo die Wahlen offenbar ordnungsgemäß durchgeführt wurden, fünf Mandate gewonnen haben. Bezeichnenderweise hat dort auch die Regierungsliste am schlechtesten abgeschnitten.

Ganz anders liegen die Verhältnisse im ukrainischen und weißrussischen Sprachgebiet, wo die Regierungsliste in den meisten Kreisen führend ist. Bei der streng nationalen Einstellung der unehereuten Mehrheit des polnischen Staatsgebietes lebenden ukrainischen und weißrussischen Völkern ist ein derartiges Ergebnis nur mit unerlaubter Wahlbeeinflussung oder unlauteeren Wahlmachenschaften zu erklären. Eine teilweise Erklärung für die feltamen Vorgänge, die sich in den polnischen Ostmarken abgespielt haben müssen, ist das vor einiger Zeit im sozialistischen „Kobornik“ veröffentlichte geheime Rundschreiben eines im Osten wirkenden polnischen Journalisten an seine ihm untergebenen Starosten, in dem er ihnen als eine der wichtigsten Aufgaben in Erinnerung bringt, die Wahlkommissionen „aus sicheren Leuten“ zusammenzusetzen. Das günstige Resultat für die Deutschen ist um so augenfälliger, als sowohl die Wähler wie die oberklassischen deutschen Sozialisten diesmal sich vom Minderheitenblock, also auch von den Deutschen, losgetrennt und mit den polnischen Sozialisten gestimmt haben. Erfreulich ist dabei, daß nun auch das Deutschum im Osten mit einem Abgeordneten in Lemberg vertreten sein wird, auch Gnesen sendet nun einen Abgeordneten in den Sejm. In Posen ging das Deutschum leer aus. In Kommerellen behaupteten die Deutschen ihre bisherigen Mandate in Graudenz und gewannen noch eins dazu und ein zweites im Kreise Dirschau. In Ostoberschlesien und in dem Polen zugesprochenen ehemaligen österreichischen Teilgebiet behaupteten sie nicht nur die bisherigen fünf Mandate (zwei Kattowitz, zwei Königshütte und eins in Tscheken-Weh), sondern gewannen noch ein sechstes im Wahlkreis Tscheken-Weh. Es erhöht sich somit die deutsche Vertretung im ehemals deutschen Teilgebiet und ehemals österreichisch-schlesischen Teilgebiet von 8 auf 13 Mandate.

Charakteristisch für die Wahlmethoden im ukrainischen Sprachgebiet ist der Umstand, daß im rein ukrainischen Wahlkreis Kofel, wo im Jahre 1922 fünf Vertreter des Minderheitenblocks gewählt wurden, fünf Kandidaten der Liste Pilsudski gewählt worden sind. Die ukrainischen Listen sind nämlich dort unter verschiedenen formalistischen Vorwänden durchweg annulliert worden.

W.W. Warschau, 6. März. * Die 56 Mandate des Minderheitenblocks werden wahrscheinlich folgendermaßen aufgeteilt werden: Ukrainer 24-25, Deutsche 19, Juden 6-8, Weißrussen 3-5.

Die Erfolge der deutschen Listen

W.W. Warschau, 6. März. (Tel.) Die noch vorliegenden Meldungen aus allen Wahlkreisen ergeben die Feststellung, daß die Deutschen überall große Erfolge errungen haben. In Kommerellen wurden drei deutsche Mandate, in Posen vier, in Oberschlesien und in dem Polen zugesprochenen österreichischen Teil-Schlesiens sechs erzielt, überdies noch drei deutsche Mandate in den westlichen Wahlkreisen (Kobz, Konin und Wloclawek). Dann wurde noch gewählt ein Deutscher im Landkreise von Lemberg. Hierzu kommen noch wahrscheinlich eins oder zwei deutsche Mandate von der Staatsliste des Minderheitenblocks, so daß man die Gesamtzahl der deutschen Abgeordneten bei der polnischen Landtagswahl auf 19 schätzen kann. — Dazu kommen noch die deutschen Sozialdemokraten, die in Kulturfragen mit den übrigen Deutschen stimmen werden.

Rein neuer Schritt des Reparationsagenten. Ein Bericht des „Vorwärts“, wonach der Reparationsagent mit der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung in Verbindung getreten sei, trifft, wie aus Berlin mitgeteilt wird, nicht zu. Vor längerer Zeit hat sich ein Beauftragter des Reparationsagenten Material erbeten, das ihm auch gegeben worden ist. Eine Besprechung darüber ist nicht gewesen.

Die Rhöbusangelegenheit. Laut „Köf. Ztg.“ ist die in Aussicht gestellte Einladung des Reichsfinanzministers Dr. Marx an die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen zu einer Besprechung der Rhöbusangelegenheit ergangen. Die Besprechungen sollen am morgigen Mittwoch stattfinden. Für die Mittagsstunden sind die Fraktionsführer der bisherigen Regierungskoalition, für den Nachmittag die Vorsitzenden der sozialdemokratischen und demokratischen Reichstagsfraktion gebeten worden.

Wahlen der deutschen Studentenschaft in Wien. Am Mittwoch fanden in Wien die Wahlen zur Kammer der deutschen Studentenschaft statt. Bei einer Beteiligung von mehr als 70 Proz. der Wahlberechtigten erhielt die deutsch-sozialistische Einheitsliste 82 Mandate, die Liste der deutschen Hochschulgemeinschaft 25, der völkisch-sozialer Block 11 Mandate.

Deutscher Reichstag

W.W. Berlin, 5. März.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums

wird fortgesetzt. Abg. v. Raumer (D. Sp.): Das Ziel aller Wirtschaftspolitik müsse sein, dem Volk möglichst günstige Lebensbedingungen zu schaffen. Dieses Ziel aber werde nicht erreicht mit den Methoden des Klassenkampfes. Die Lage der deutschen Unternehmer sei heute gewiß nicht beneidenswert bei dem ungeheuren Krisenrisiko. Der Industrie drohe hier im Falle einer Krise dieselbe Katastrophe, von der jetzt die Landwirtschaft heimgejagt wird. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) die kaufmännische Ehrlichkeit der Leiter der deutschen Aktiengesellschaften in Zweifel ziehen, dann ist jede Diskussion unmöglich. Im Maschinenbau machen die Löhne einen sehr großen Prozentsatz der Selbstkosten aus. Hier werden 250 000 Arbeiter allein für die Ausführung beschäftigt. Nicht nur der Unternehmer habe die Verantwortung für die Wirtschaft, sondern auch der Arbeiter. Es ist ausgeschlossen, mit der deutschen Wirtschaft vorwärtszukommen, wenn die Arbeitererschaft nicht früher allererster Klasse hat. Wie soll sie aber dazu kommen, wenn den Arbeiterführern durch die Art unserer Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen jede Verantwortung genommen wird? Die Lohnhöhe ist immer abhängig vom Stand der Produktion. Unsere gesamte Wirtschaftspolitik muß unter der Tatsache stehen, daß wir in der Landwirtschaft einen Krisenfaktor ersten Ranges haben und daß wir in absehbarer Zeit weniger mit dem Binnenmarkt als mit dem Export zu rechnen haben. Wenn wir aber den Weltmarkt erobern wollen, darf die Steigerung der Produktionskosten nicht fortgesetzt werden.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) kritisiert die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung. Nicht ein autonomer Zoll sei ermöglicht, dagegen sei eine Reihe wichtiger Lebensmittelpreise erhöht worden. Der Abschluß des polnischen Vertrages, auf den die Wirtschaft im Osten besonders angewiesen sei, werde von Monat zu Monat durch agrarische Einflüsse verzögert. Die Erhöhung der deutschen Zolleinnahmen bedeute gleichzeitig Erhöhung unseres Preisniveaus. Die Wirtschaftspolitik wird in Deutschland nicht vom Reichswirtschaftsminister gemacht, sondern von einer Vielzahl von Stellen, die sich teilweise entgegenarbeiten. Der Reichsernährungsminister betätige sich fast ausschließlich als Hemmschuh der Außenhandelspolitik. Die demokratische Partei erblickt das Kernproblem in der Ermöglichung des Preisniveaus und in der Gehung der Ausfuhr. Nur so können wir unsere Reparationspflichten erfüllen, unsere Handelsbilanz retten, unseren Gewerbestand erhalten und unsere Arbeiterkraft beschäftigen.

Abg. Koenen (Komm.) meint, die Arbeitererschaft könne nur durch die Vernichtung des kapitalistischen Staates im revolutionären Klassenkampf ihr Recht erobern.

Abg. Wollath (B. Ver.): Mit Anleihen der Wirtschaft auf die Dauer nicht zu helfen, denn Amerika, das früher von Europa Geld zu 3 Proz. erhielt, berechnete jetzt sein Geld mit 8 bis 9 Proz. Unter der schlechten Finanzlage der Gemeinden habe vor allem der gewerbliche Mittelstand zu leiden, denn er müsse die untragbar hohen Realsteuern aufbringen. Bei aller Anerkennung der Notlage der Landwirtschaft müsse doch gewartet werden vor einer Subventionspolitik auf Kosten der steuerlich überlasteten Kreise von Handwerk und Gewerbe.

Die Handwerksnobelle müsse endlich vorgelegt werden. Das geplante Zigarettenzwangs Syndikat würde den gewerblichen Mittelstand aufs Schwerste schädigen. Die Erhöhung der Tarife der Post habe die Wirtschaft um mehr als 250 Millionen neu belastet. Wenn es sich bestätigt, daß auch die Reichsbahn ihre Tarife erhöht, dann werde eine allgemeine Erhöhung der Preise unvermeidlich sein. Das Schanzstättengesetz sei ein Ausnahmengesetz schärfster Art gegen die Gastwirte.

Abg. Raue (B. Ver.) begrüßt die Schaffung des Reichskommissariats für das Handwerk. Wichtig sei aber vor allem eine Abstellung der Klagen des Handwerkes darüber, daß bei der Vergabe von Aufträgen durch die Reichsstellen nicht nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten verfahren werde. Der Redner beantragt eine kartellgerichtliche Nachprüfung der vom Eisenartell geschaffenen Eisenpreisverbunden. Die Preisverbunden seien wegen der damit verbundenen Kaufstoffverteuerung eine Sabotage der Wohnungspolitik. Ein Einschreiten der Regierung sei notwendig gegen die Preispolitik bei den Stromerzeugungen durch die Überlandwerke.

Abg. Graf v. Reventlow (Nat.-Soz.): Die Ministerrede sei eine Abgabe an den Gedanken einer nationalen Wirtschaft gewesen.

Abg. Ball (Dem.) fordert eine größere Einflußnahme des Reichswirtschaftsministeriums auf die Sozialpolitik. Dem Kleinhandel und dem gewerblichen Mittelstand sollte größerer Schutz vor der Preispolitik der Kartelle gewährt werden.

Abg. Subjahn (D.): Mit der Reichswirtschaft habe auch der gewerbliche Mittelstand auf dem Lande schwer zu leiden. Die seit Jahren verprochene Reichshandwerksordnung müsse endlich vorgelegt werden.

Ohne Aussprache wird in allen drei Lesungen das Gesetz über die weitere hinauschiebung der Bindung einzelner Länder und Gemeinden an die Steuereinkünfte bis 1. April 1929 angenommen.

Am 18½ Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag, 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben dem Rest des Wirtschaftsetats die 2. Beratung des Verkehrssetats.

Der Stahlhelm und die Fida-Konferenz

W.W. Berlin, 6. März. (Tel.) Die Fida (Federation internationale des anciens combattants) forderte den Stahlhelm auf, sich an der gemeinsamen Kommission zu beteiligen, die die Aufgabe hat, die diesjährige internationale Konferenz der Fida vorzubereiten. Der Stahlhelm hat darauf geantwortet unter Hinweis, daß er c. solchen internationalen Sitzungen nicht teilnehmen werde, solange fremde Truppen auf deutschem Boden ständen, solange das in Versailles erprekte Diktat fortbestehe und das deutsche Volk auf Grund des Dawesabkommens Frondbriefe leisten müsse.

Zusammenstöße in Troyes

W.W. Paris, 6. März. (Tel.) Dasas berichtet aus Troyes: Eine Abteilung des in Troyes liegenden Artillerieregiments wurde auf der Rückkehr von einer Wandertour, wo sie beim Bischen gehalten hatte, von einem Zivilisten belästigt. Als der die Abteilung befehligende Offizier den Betroffenen teilnehmen wollte, bildete sich ein Aufruhr. In dem Glauben, daß der Vorgesetzte in Gefahr sei, pflanzten ein Feldwebel und vier Mann der Abteilung das Bajonett auf und vertrieben die Ansammlung. Hierbei wurden drei Personen leicht verletzt. Herbeigerufene Polizei stellte die Ruhe wieder her. Bei dem Postanten, der den Zwischenfall hervorgerufen hat, soll es sich nach einigen Mäthern um einen auf Urlaub befindlichen, kommunistisch eingestellten Unteroffizier handeln.

Kurze Nachrichten

Abg. Sepp aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten. Der Vorstand des Bezirksbauernverbands Nassau hat am Montag, den 5. März, die Gründung der christlich-nationalen Bauernpartei beschlossen und dem Reichstagsabgeordneten Sepp die Spitzenkandidatur für den Wahlkreis Hesse-Nassau angetragen. Sepp hat die Kandidatur angenommen und ist gleichzeitig aus der Deutschen Volkspartei und aus der Reichstagsfraktion ausgeschieden.

Ausschluss aus der Sozialdemokratischen Partei. In der Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei Groß-Stettins, in der die Kandidaten für die Reichs- und Landtagswahl aufgestellt wurden, wurde nach einer Meldung des „Berl. Lokalanz.“ ein Antrag des Vorstandes angenommen, an den Bezirksvorstand einen Antrag zu stellen, den Reichstagsabgeordneten Sülow, den früheren Landrat des Kreises Franzburg, aus der Partei auszuschließen.

Schwierigkeiten in der Neubildung des Bremer Senats. Die am Montag in Bremen unter dem Vorsitz des Präsidenten der Bürgererschaft geführten Verhandlungen zwischen den Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten wegen Neubildung des Senates haben zu keinem Ergebnis geführt.

Präsident Mayrlich tödlich verunglückt. Der Präsident der Internationalen Rohstoffgemeinschaft, Mayrlich in Luxemburg, der sich in seinem Auto zu einer Sitzung des Rohstoffrats nach Paris begeben wollte, ist auf der Fahrt bei Châlons-sur-Marne tödlich verunglückt. Das Auto erlitt einen Reifenbruch, schlug um und begrub den Präsidenten, den Fahrer und einen Diener unter sich. Mayrlich war sofort tot.

Badischer Teil Kranzniederlegung

Der badische Staatspräsident hat in den Vormittagsstunden des letzten Sonntag anlässlich des Volkstrauertages, namens des Staatsministeriums auf dem Ehrenfriedhof der Kriegesgefallenen einen Lorbeerkranz mit badischer Schleife niederlegen lassen.

Badische Historische Kommission

Unter dem Vorsitz des Vorstandes, Geh. Rats Professor Dr. Hinte von Freiburg, trat Samstag vormittag im General-Landesarchiv zu Karlsruhe die 40. Plenarversammlung der Badischen Historischen Kommission zusammen. Daran nahmen teil: 14 ordentliche Mitglieder und ein außerordentliches Mitglied, sowie als Regierungvertreter Regierungsrat Dr. Haff. Den Bericht des Sekretärs Dr. Baier, Karlsruhe, konnte entnommen werden, daß nunmehr mit dem Druck des ersten Bandes der Korrespondenz des großen St. Blasianer Abtes Martin Gerbert, die Pfarre Weilenkister, München, bearbeitet, begonnen werden kann. Desgleichen steht der Druck der Badischen Bibliographie in baldiger Aussicht, die von Herrn Lautenschlager, Heidelberg, als einem der besten Kenner dieses Materials herausgegeben wird. — Der Bearbeiter der Regesten zur Geschichte der Bischöfe von Konstanz, Pfarre Dr. Nieder, Weidenau, konnte schließlich den Mitgliedern berichten, daß demnächst die erste Lieferung des 4. Regestenbandes von 10 Bogen, welche die Zeit von 1498 bis 1442 (Bischof Heinrich von Hemen) umfassen wird, bis Ostern erscheinen kann. Es wäre erwünscht, daß weitere finanziell gut gestellte Kreise die Veröffentlichungen unterstützen würden.

Automobilverkehr und -kontrolle

U. A. Mit Beginn der wärmeren Jahreszeit nimmt erfahrungsgemäß der Kraftwagenverkehr wieder bedeutend zu. Dabei zeigen sich schon wieder Auswüchse, denen im Interesse der Verkehrssicherheit energisch entgegengetreten werden muß. Wie mehrfach festgestellt wurde, fahren viele Kraftwagen und Krafttrailer in den Landorten innerhalb der geschlossenen Orts- teile mit einer Geschwindigkeit von 50 und 60 Kilometer. Auch treten vereinzelt wieder Wagen mit offenem Auspuff auf. Hierbei handelt es sich offenbar um Wagen, die längere Zeit unbenutzt standen und jetzt wieder hervorgeholt worden sind. Der Minister des Innern hat daher im öffentlichen Interesse für die nächste Zeit eine Verstärkung der Kontrolle des Automobilverkehrs angeordnet, wobei auch die Stoppfuhren in weitem Umfang verwendet werden. Neben den staatlichen Polizeio- rganen wird auch die gemeindliche Ortspolizei zu dieser Kon- trolle herangezogen werden.

Badischer Städteverband

Der Vorstand des Badischen Städteverbandes hielt in Ba- den-Baden im Rathaus, unter dem Vorsitz des Oberbürger- meisters Dr. Wals, Heidelberg, eine Sitzung ab, zu deren Be- ginn der Präsident des Badischen Sparfassen- und Girover- bandes, Dr. Gugelmeier, ein Referat über den derzeitigen Stand der Verhandlungen über die Aufnahme von Auslands- anleihen und einige sonstige wichtige Angelegenheiten des Sparfassen- und Giroverbandes erstattete. Die von einer Unterkommission im Benehmen mit Vertretern der Beamten- schaft ausgearbeitete Neuregelung der Besoldung der Ge- meindebeamten wurde genehmigt. — Der Vorstand sprach sich weiter dafür aus, daß die Kinsteuer in den Städten in ihrer derzeitigen Höhe unbedingt erhalten bleibt, nachdem der Steuerfuß seit dem 1. Oktober 1926 von durchschnittlich 22% Proz. bereits auf 11,7 Proz. des Entgeltes, also um nahezu die Hälfte ermäßigt worden ist. Im Anschluß an die Sitzung richtete der Vorsitzende an den zum 1. April d. J. aus sei- nen Ämte scheidenden Oberbürgermeister Dr. Kuser, Mann- heim, herzliche Abschiedsworte, in denen er auf seine außer- ordentlichen Verdienste um die Entwicklung des badischen Ge- meindelebens hinwies.

Markgrafenbad in Badenweiler

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß das staatliche Markgrafenbad in Badenweiler vom 2. März an wieder geöffnet ist an 3 Tagen wöchentlich und zwar Mont- tag, Mittwoch und Freitag. Den Kurgästen stehen folgende Bäder zur Verfügung: Thermalwässernbäder, Thermalwässer- stoffbäder, Thermoalkoholensäurebäder, Solbäder, Kaltwasser- behandlung, Bierzellenbäder, elektrische Licht- und Wasserbäder, Spektrallampe, Kopplichtbad, Höhensonne, Schwedische Heil- gymnastik, Thermoalkoholbäder, Dampfbäder, Duschmassagen, Kango- und Moorbäder.

Reisender Ringnepper

In Mannheim und Karlsruhe ist in den letzten Tagen ein Verrüger aufgetreten, der Verkäuferinnen und Kellnerinnen um kleinere Darlehen angeht und als Pfand einen wertlosen Eherring gibt.

In Karlsruhe gab er sich als Dr. Breier aus. Das Pa- dische Landespolizeiamt warnt vor dem Schwindler.

Aus den Parteien

Vor mehr als 3000 Personen sprach am Samstag abend in Karlsruhe in der Festhalle der Führer der nationalsozial- deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler. Er entwickelte in zwei- stündigen Ausführungen das Programm seiner Partei, unter dem Gesichtspunkt: „Der Nationalsozialismus als Weltan- schauung“. Dem Redner wurden natürlich von seiner An- hängerschaft kühnste Ovationen bereitet. Aus verschiedenen Landesteilen und aus der Pfalz waren Abordnungen in Lastautos gekommen. Die Versammlung verlief ohne Störung.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 11 enthält das kürzlich vom Badischen Landtag mit großer Mehrheit an- genommene Badische Besoldungsgesetz.

* **Gernsbach, 1. März.** Eine historische Begebenheit wurde auf Veranlassung des Bürgermeisters von Gernsbach vor völliger Vergessenheit bewahrt; denn es wurde in Erinnerung an das nur noch wenigen bekannte blutige Gefecht bei Gerns- bach am 28. Juni 1849 zwischen Freischützern und Regie- rungsstruppen und zum Andenken an die dabei Gefallenen ein aus einem mächtigen Granitblock bestehendes würdiges Denkmal an der Stelle des evangelischen Friedhofes errichtet, wo die bei dem Gefecht ums Leben gekommenen acht Freischüt- zler und sechs unbekannt gebliebenen Bürger seinerzeit beerdigt wurden.

* **Säckingen, 5. März.** Eine Kommission, bestehend aus namhaften Fachleuten und Vertretern des Gemeindeverbandes, tagte am letzten Samstag hier. Dabei wurde auch das für den Kraftwerksbau in Betracht kommende Gelände wie- der einer Besichtigung unterzogen und die für die Wohlfeiler geeignet erscheinende Stelle bestimmt.

* **W. B. Basel, 5. März.** Im Basler Zoologischen Garten ereignete sich Montag nachmittag ein Unglück. Ein speziell von der Firma Hagenbeck engagierter Elefantewarter hatte seit einigen Wochen den Dienst übernommen. Heute nach- mittag wollte er dem Elefanten ein Stück Brot darreichen. Der Elefant ließ die Hand des Wärters nicht los, faßte hiernach den Kopf mit dem Rüssel und drückte ihm den Kopf gegen die Gitterstäbe, so daß der Wärter sofort tot war. Das Tier wurde sofort erschossen.

Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. Im Alter von 46 Jahren ist hier Brauerei- direktor Gustav Fels gestorben. Er war der Sohn des Grün- ders des Unternehmens Heinrich Fels und hatte mit seinen beiden Brüdern die Leitung der Brauerei Fels, deren Auf- blühen zum großen Teil sein Verdienst ist, übernommen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das Hochdruckgebiet hat im allgemeinen zwar etwas an Intensität abgenommen, doch hat sich im großen und ganzen die herrschende Hochdrucklage erhalten. Das heitere, trodene Vorfrühlingswetter mit leichten Nachfröhen hält zu- nächst noch an. **Voraussage für 7. März:** Boreerst noch meist trocken und mild, Nachfröhen in höheren Lagen.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	6. März		5. März	
	Geld	Beleg	Geld	Beleg
Amsterdam 100 G.	168.15	168.49	168.18	168.52
Kopenhagen 100 Kr.	111.98	112.20	112.01	112.23
Italien . . . 100 L.	22.06	22.10	22.075	22.115
London . . . 1 Pfd.	20.387	20.427	20.395	20.435
New York . . 1 D.	4.1790	4.1870	4.1805	4.1885
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.445	16.485
Schweiz . . 100 Fr.	80.44	80.96	80.475	80.635
Wien 100 Schilling	58.84	58.07	58.81	59.01
Prag . . . 100 Kr.	12.882	12.402	12.392	12.412

Der Privatdiskont wurde am Montag für beide Sichten um je ¼ Proz. auf 6% Proz. erhöht.

Maschinenfabrik Oringer u. G. Durlach. Der Aufsichtsrat hat in seiner am 3. d. M. stattgefundenen Sitzung beschlossen, der auf den 28. März d. J. einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 11 Proz. für das Ge- schäftsjahr 1927 in Vorschlag zu bringen.

Verschiedenes

Die Lukutate-Angelegenheit

W. B. Berlin, 6. März. (Tel.) In Sachen des Verfahrens gegen den Lukutate-Einfuhranten wird nunmehr mitgeteilt, daß das Gericht die Einleitung der Voruntersuchung geschlos- sen hat, um eine Aufklärung und Ergänzung des vorliegen- den Materials herbeizuführen.

11 000 Eier zertrümmert

W. B. Berlin, 6. März. (Tel.) In der vergangenen Nacht wurden in einer Geflügelstallung der Ergon-A.-G. auf dem früheren Flugplatz in Karlsruhe in einem der Wirtschafts- gebäude Küster mit 11 000 Eiern, die heute als Bruteier ver- handelt werden sollten, dem Einbrecher geöffnet und sämtliche Eier zertrümmert, daß sie nur noch eine dreieckige Masse bildeten. Die Eigentümerin der Farm, die Ergon-A.-G., vermutet einen Racheakt.

Ein Flugzeug auf dem Weg nach Südamerika verschollen
W. B. Paris, 6. März. (Tel.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Casablanca ist das am 4. März in Casablanca aufgestiegene Flugzeug der Strecke Frankreich-Südamerika, das die erste für Südamerika bestimmte Post mit sich führte, an seinem Bestimmungsort St. Louis am Senegal nicht eingetroffen. Man ist über seinen Verbleib ohne Nachricht. Mehrere Flugzeuge sind zur Nachforschung aufgestellt.

Überfall auf einen Zug in Mexiko
W. B. Veracruz, 6. März. (Tel.) Unweit Jalapa überfielen heute gut bewaffnete Banditen einen Eisenbahnzug. Drei Passagiere wurden getötet und zehn verwundet. Nach Klün- derung des Gepäckwagens entflohen die Räuber. Bundes- truppen sind zur Verfolgung der Räuber entsandt worden.

Die „Los Angeles“
ist nach dem erfolgreichen Panamaflug (6400 km) nach Kalkutta zurückgekehrt und dort allerdings mit einigen im Sturm begründeten Schwierigkeiten gelandet.

Schweres Flugzeugunglück in Kalifornien
W. B. London, 5. März. (Tel.) Blättermeldungen aus San Diego zufolge, stürzte über dem nördlichen Teil der Stadt ein Flugzeug aus 500 Fuß Höhe ab. Fünf Insassen wurde dabei getötet. Ihre Leichen waren furchtbar verstüm- melt. Das Flugzeug wurde vollkommen zerstört.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung Sammlungen

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 16. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege (Reichsgesetzblatt Seite 143) und der badischen Volkszugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49) wird dem Badischen Landesverein vom roten Kreuz in Karlsruhe und seinen Unterorganisationen die Erlaubnis erteilt, im Lande Baden am Sonntag, den 18. Mai 1928 und in der anschlie- senden Woche (bis 20. Mai 1928 einschließlich) im Rahmen der „Rotkreuz-Woche“ Straßensammlungen, Konzerte, Ver- kauf von Blumen, Vorträge und ähnliche Werbeveranstal- tungen zugunsten der Aufgaben des roten Kreuzes durchzufüh- ren. Zu Sammlungen von Haus zu Haus und auf öffent- lichen Straßen und Plätzen ist noch die besondere Erlaubnis des zuständigen Bezirksamts einzuholen. Kinder und Ju- gendliche unter 16 Jahren dürfen als Sammler nicht ver- wendet werden.

Karlsruhe, den 29. Februar 1928.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach.

Lotterie.

Dem Landesverein „Badische Heimat“ und dem badischen Schwarzwaldberein wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer gemeinsamen Geldlotterie erteilt.

Karlsruhe, den 1. März 1928.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach.

Der ärztliche Ehrengerichtshof.

Gemäß § 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 10. Oktober 1906 über die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 491) werden nach Anhörung der Ärztekammer für die Jahre 1928 bis 1931 ernannt:

- zu rechtskundigen Mitgliedern des ärztlichen Ehrengerichtshofs: Ministerialrat Dr. Scheffmeier im Ministerium des Innern und Oberlandesgerichtsrat Göttinger in Karlsruhe;
- zu deren Stellvertretern: Oberregierungsrat Dr. Keller im Ministerium des Innern und Oberlandesgerichtsrat Dr. Koelle in Karlsruhe.

Karlsruhe, den 2. März 1928.
Der Minister des Innern
Kemmele

Bekanntmachung

Apothek in Wehr, Amt Schopfheim.

Die Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Wehr, Amt Schopfheim, die infolge Aufrückens des bisherigen Inhabers erledigt ist, wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbun- gsgesuche sind unter Vorlage der vorgeschriebenen Nachweise (vgl. Bekanntmachung vom 25. Januar 1928, Apotheke in Wall- dorf, Staatsanzeiger Nr. 23 vom 27. Januar 1928) hierher einzureichen.

Schluß der Bewerbungsfrist: 5. April 1928.
Karlsruhe, den 2. März 1928.
Der Minister des Innern
Kemmele

Bekanntmachung

Die staatsärztliche Dienstprüfung.

Der diesjährige Vorbereitungskurs für den staatsärztlichen Dienst wird bei genügender Beteiligung in der Zeit vom 1. Mai bis 28. Juli 1928 im Tierhygienischen Institut in Frei- burg unentgeltlich abgehalten werden.

Anmeldungen sind bis zum 1. April 1928 an das Tierhygie- nische Institut in Freiburg zu richten.
Karlsruhe, den 5. März 1928.
Der Minister des Innern
Kemmele

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Tiefbauwesen.

Die nachgenannten haben die im Februar 1928 abgehal- tene Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Tiefbauwesen bestanden und hierdurch gemäß Verordnung vom 24. Januar 1925 die Berufsbezeichnung „staatlich ge- prüfter Baumeister“ erlangt.

Christoph Albrecht aus Karlsruhe, Wilhelm Albrecht aus Schriesheim, Adam Belsch aus Mannheim, Berthold Braun aus Durlach, Karl Deder aus Neilingen, Thomas Dreher aus Gutenstein, Karl Halderwang aus Forzheim, Leo Holzmann aus Berau, Wilhelm Last aus Nidenbach, Rudolf Müller aus Stuttgart, Heinrich Schaaf aus Mannheim-Neckarau, Adolf Stephan aus Bruchsal, August Weis aus Weingarten, Wilhelm Wurth aus Altheim.

Karlsruhe, den 1. März 1928.
Der Minister der Finanzen
J. B. Sammet.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Polizeiwachmeister Josef Napp in Karlsruhe zum Polizei- oberwachmeister.

Berufen:

Verwaltungsobersekretär Rudolf Wagner beim Bezirksamt Mannheim zu jenem in Säckingen.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Fortbildungsschul-Saurlehre Julius König in Durlach zum Rektor an der Volksschule in Nielinggen, Amt Karls- ruhe. Der außerplanmäßige Hausmeister Friedrich Schen- felse am Aeltergebäude II in Karlsruhe zum planmäßigen Hausmeister dazuletzt.

Planmäßig angestellt:

Wilhelm Gaus, Verwaltungsassistent an der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Berufen in gleicher Eigenschaft:

Handelslehrer Oskar Kühner an der Handelsschule in Forzheim an jene nach Heidelberg, Handelslehrer Dr. Julius Sock an der Handelsschule in Heidelberg an jene nach Forz- heim.

Entlassen auf Ansuchen:

Der ordentliche Professor der klassischen Archäologie an der Universität Heidelberg Dr. Ludwig Curtius am 1. März 1928. Der ordentliche Professor der Chirurgie an der Universität Freiburg, Gehelmer Medizinalrat Dr. Erich Lerer am 1. April 1928.

Frühjahr 1928

Die neuesten

Damenstoffe

zeigen

Leipheimer & Mende

221

Autofahrer!

Motorradfahrer!

Mit dem Beginn der wärmeren Jahreszeit nimmt der Kraftwagen- und Motorradverkehr wieder bedeutend zu.

Bei einem großen Teil der Fahrer hat sich die Gewohnheit herausgebildet, vor Straßentkreuzungen und beim Einbiegen die Geschwindigkeit nicht oder nicht genügend zu verringern, dafür aber desto lauter und häufiger zu hupen.

Die Beamten des Verkehrs- und Sicherheitsdienstes haben Weisung erhalten, der Bekämpfung des Lärms und des rücksichtslosen Fahrens ihr besonderes Augenmerk zu widmen.

Es muß von einem Fahrzeugführer verlangt werden, daß er vor allen Straßentkreuzungen, vor jedem Einbiegen und überhaupt an unübersichtlichen Stellen grundsätzlich die Geschwindigkeit derart verringert, daß er sein Fahrzeug erforderlichenfalls sofort zum Stehen bringen kann.

Karlsruhe, den 29. Februar 1928. O.-Z. 14 Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Kaminfeuergebühren.

Bezirkspolizeiliche Vorschrift.

Mit Zustimmung des Bezirksrats und nach Vollziehung der Erklärung durch den Herrn Landeskommissar vom 22. Februar 1928 wird die bezirkspolizeiliche Vorschrift vom 10. November 1925 mit Wirkung vom 1. Februar 1928 hinsichtlich der Höhe der Gebühren wie folgt abgeändert:

- A) Für das Reinigen der Kamine (gleichviel ob russische oder steigbare) Für ein einstöckiges Kamin (bisher 30 Rpf) jetzt 10 Rpf Für jedes weitere Stockwerk mehr 10 Rpf B) Kamin ohne Kamin Rauchfang Rauchfang Größere Rauchfänge Kaminabluftstappe Abdecken der Kamine Kaminverweiterung über 52 cm Lichtweite Wandzüge Bodenzüge bis zu 2 m Jeber weitere Meter mehr Herausnehmen und Wiedereinsetzen der der Reinigung unterliegenden Zuleitungsrohre bis 1 m Zuleitungsrohre bis 2 m Zuleitungsrohre bis 3 m Kaminaufsätze jeder Art Verlängerungsrohre werden als Kamine betrachtet Röhre für größere Feuerungsanlagen Meter Einfache Kunst Meter Doppelte Kunst Meter Eine einfache bürgerliche Rauchkammer Meter Eine gewerbliche Rauchkammer Meter Eine zweistöckige gewerbliche Rauchkammer Meter Eine dreistöckige gewerbliche Rauchkammer Meter Für abgelegene d. h. mehr als 1 m von der geschlossenen Ortslage entfernte Gebäude und Höfe für jedes Kamin mehr C) Für das Reinigen der großen Betriebskamine der Bäder und in Gebäude eingebaute Kamine, größeren Feuerungsanlagen, sowie russische Kamine von außergewöhnlicher Lichtweite über 26 cm Für Zentralheizungskamine bis 10 qm Heizfläche Für Zentralheizungskamine von 10-20 qm Heizfläche Für Zentralheizungskamine von 20-40 qm Heizfläche Für Zentralheizungskamine von über 40 qm Heizfläche D) Für Ausbrennen: Für ein einstöckiges Kamin Für jedes weitere Stockwerk mehr Einer einfachen Kunst Einer doppelten Kunst Einer bürgerlichen Rauchkammer Einer gewerblichen Rauchkammer Einer zweistöckigen Rauchkammer Einer dreistöckigen Rauchkammer

E) Untersuchung der Kamine und Rauchkammern. Die Tagen für das Untersuchen von neu aufgeführten, ausgebesserten oder teilweise erneuerten Kaminen (§ 87 der V.B.O.) betragen: Für ein einstöckiges Kamin 75 Rpf Für jedes weitere Stockwerk mehr 25 Rpf Für die Untersuchung unbenutzter Kamine sind die gleichen Gebühren wie für die Reinigung zu bezahlen. Für die Befichtigung einer neuerstellten Rauchkammer (§ 97 Abs. 4 der V.B.O.) 75 Rpf Karlsruhe, den 27. Februar 1928. O.-Z. 13. Badisches Bezirksamt. — Wkt. IV.

Ziehungsliste

Ginsheimer Zohlen-Lotterie

anlässlich des 24. Zohlen- und Pferdemarktes der unterbadischen Pferdezüchter-Vereine am 1. März 1928.

Table with 8 columns: Los-Nr., Gew.-Nr., and 6 columns of numbers. It lists lottery results for the Ginsheimer Zohlen-Lotterie.

Los, die gewonnen haben, sind an das Bürgermeistereiamt Sinsheim a. G. einzulösen, worauf die Zuzahlung der Gewinne erfolgt.

Bekanntmachung.

Bei der Stadtgemeinde Sodenheim sind alsbald 2 Schutzmannstellen zu besetzen. Bewerber müssen die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht und mindestens 5 Jahre in der staatlichen Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerie zurückgelegt haben.

Advertisement for Elisabeth Neumann (Violine) featuring Elisabeth Ernst and other musicians. Includes contact information for Kurt Neufeldt.

Advertisement for music lessons: 'Nehmt Musikunterricht bei der Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes'.

Advertisement for G. Braun (vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag) in Karlsruhe, offering printing services.

Maschinenfabrik Grikner A.-G. Durlach.

Die Herren Aktionäre werden hiermit zur 42. ordentl. Generalversammlung eingeladen, welche am Mittwoch, den 28. März 1928, nachmittags 3 1/2 Uhr,

in dem Sitzungssaale der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, Kaiserstraße 90, stattfinden wird.

- Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1927. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Beschlussfassung über Genehmigung des Rechnungsabchlusses und Verteilung des Gewinnes. 4. Beschlussfassung über Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates. 5. Aufsichtsratswahl.

Der Aufsichtsrat bezeichnet als diejenigen Stellen, bei welchen die Aktien, oder die über die Hinterlegung ausgestellten notariellen Bescheinigungen zur Teilnahme an der Generalversammlung, und zwar bis spätestens am Samstag, den 24. März 1928, während der üblichen Geschäftsstunden, zu hinterlegen sind:

in Durlach: die Gesellschaftskasse, das Vanthaus Zeit L. Domburger und die Rheinische Creditbank, Filiale Karlsruhe.

in Frankfurt a. M.: die Deutsche Bank, Filiale Frankfurt a. M., die Direction der Disconto-Gesellschaft mit ihren sämtlichen Filialen, die Darmstädter und Nationalbank mit ihren sämtlichen Filialen.

Außerdem kann die Hinterlegung auch bei den Effektenrobotanken deutscher Wertpapierbörsenplätze erfolgen.

Durlach, den 5. März 1928. Der Aufsichtsrat der Maschinenfabrik Grikner A.G. Robt. Nicolai, Direktor der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, Vorsitzender.

Kinderhilfe - Geldlotterie des Landesverbandes der Kinderreichen Württembergs

Ziehung 16. Februar 1928.

In die für Baden genehmigten Lose fielen nachstehende Gewinne: Je 10 RM Nr. 17246, 17915. Je 5 RM Nr. 2165, 2568, 2820, 2859, 2887, 2899, 9062, 9087, 9173, 9302, 9475, 9498, 9507, 9739, 9919, 9978, 17537, 17801, 17885, 17899, 17932, 21064, 21119, 21894, 26336, 26460, 30034, 30375, 30481.

Je 1 RM gewinnen sämtliche Losnummern mit der Endzahl 2. Auszahlung der Gewinnlose erfolgt bis 16. Mai 1928.

Polizeiwachmeisterstelle

infolge Zurücksetzung des bisherigen Inhabers sofort neu zu besetzen. Bewerber muß die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht und mindestens 5 Jahre in der staatlichen Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerie zurückgelegt haben.

Teppiche - Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsraten bei Teppichhaus A Gay & Glück, Frankfurt a. M. 2965 Schreiben Sie sofort!

Ihren Umzug betr. Brauchen Sie Möbelwagen? dann Bad. Lagerhaus Offenburg. Besitzer: Willy Wagner fragen. Erstkl. bestempf. zuverl. Möbelverleihen-Unternehmen.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit. M. 666. Gengenbach. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Piegelerbesitzer Jakob Buchholz in Zell a. S. wird mit der heutigen Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben. Gengenbach, den 27. Febr. 1928. Amtsgericht.

M. 671. Schwellingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Robistin Susanna Blad geb. Knaup in Schwellingen ist Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderung Termin bestimmt auf: Mittwoch, den 21. März 1928, vorm. 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Schwellingen, Zimmer 7. Schwellingen, den 23. Februar 1928. Bad. Amtsgericht I.

Bekanntmachung. M. 669. Wolfach. In dem Konkurs des Herrn Emil Wächle in Fischerbach soll die Schuldverteilung erfolgen.

Verfügung sind nach Abzug vorweg zu befriedigender Forderungen in Höhe von 1034,30 RM noch 6326,20 RM. Zu befriedigenden mit diesem Restbetrag von 6326,20 RM sind Forderungen im Betrage von 14712,45 RM. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtssekretärei des hiesigen Amtsgerichts zur Einsicht auf. Wolfach, 2. März 1928. Der Verwalter: Dulafer.

Badisches Landestheater

Mittwoch, 7. März 1928 *C 19 T5. Gem. 1101-1300

La Traviata

von Verdi Musikalische Leitung: Joseph Krips

In Szene gesetzt von Dr. Fern. Bucherpfennig Violetta von Ernst Floza Seiberlich Annina Burgeff Alfred Wentwig Georg Wehrauch Gaston Laufötter Douphol Böser Marquis Gröbinger Grenit Vogel Josef Kainbach Diener Blachajnsky Kommissiönär Milan

Tanz einstudiert von Edith Viefelsfeld

Anfang 20 Ende 22 1/2 I. Rang u. I. Sperrfisch 7 RM Do. 8. März: Titim. Fr. 9. März: Wilhelm Tell

Advertisement for COLOSSEUM Waldstraße 16, featuring a Revue 'Im Flug um die Welt'.